



## Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 25.03.2011

## Niederschrift

über die **15. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 21.03.2011, 17:30 Uhr bis 18:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	in Vertretung für Frau Ursula Gärtner
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Frau Judith Wolter ab 17.50 Uhr

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

#### Verwaltung

Herr Ralf Huttanus

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug  
Frau Christine Kronenberg  
Herr Hans-Joachim Mohr  
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger  
Herr Gregor Timmer

### **Schritfführerin**

Frau Maria Lange

### **Gäste**

Herr Jürgen Fenske	KVB AG
Herr Horst Heinrichs	KVB AG
Herr Dr. Jörg Holzhäuser	Holzhäuser Ingenieur Consult GmbH
Herr Prof. Dr. Werner Langen	Kapellmann und Partner Rechtsanwälte

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Gärtner	CDU	vertreten durch Herrn Bürgermeister Hans-Werner Bartsch
Frau Judith Wolter	pro Köln	vertreten durch Herrn Jörg Uckermann

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Auf Anregung von Herrn Oberbürgermeister Roters gedenken die Anwesenden in einer Schweigeminute der Opfer der Katastrophe in Japan.

Herr Oberbürgermeister Roters bittet um Zustimmung, dass der WDR während der Diskussion zur Nord-Süd-Stadtbahn Filmaufnahmen machen und das Herr Prof. Dr. Langen zu TOP 12.1 im nichtöffentlichen Teil für eventuelle Fragen anwesend sein darf. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Herr Oberbürgermeister Roters bittet Frau Reker, kurz über eventuelle gesundheitliche Auswirkungen der Katastrophe in Japan auf Köln zu berichten.

Zu eventuellen Auswirkungen teilt Frau Reker mit, dass selbst, wenn sich die Lage an den Kernreaktoren in Fukushima verschlechtert, dies keine Auswirkungen auf die Luftqualität in Köln bzw. in NRW hat. (Messstationen stehen in Weidenpesch / Berufsfeuerwehr und in Merheim).

Auch von den wenigen Lebensmitteln, die aus Japan importiert werden, gehen keine Gefahren aus. Sie werden bei Einfuhr auf Radioaktivität überprüft. Personen, die aus Japan zurückkommen, können sich an der Uni und an verschiedenen anderen Institutionen untersuchen lassen.

Mitten aus Köln werden rund um die Uhr schwerpunktmäßige Analysen von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit zum Reaktorunglück in Japan für die Bundes- und Landesämter sowie für die Presse erstellt.

Herr Oberbürgermeister Roters dankt Frau Reker für ihre Ausführungen.

Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung um folgenden Punkt ergänzt werden soll:

## **I. Öffentlicher Teil**

### 1.1.1 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln

Der Hauptausschuss legt die Tagesordnung demnach wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

#### **1 Mitteilungen**

##### 1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

##### 1.1.1 Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln 1139/2011

##### 1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

#### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### 2.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Luftreinhaltung AN/ 0492/2011

Antwort der Verwaltung zu 2.1 "Luftreinhaltung"  
1055/2011

**3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Dringlichkeitsentscheidungen**

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

**6 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**7 Mitteilungen**

7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

7.1.1 Ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage Nr. 5421/2010  
0956/2011

7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

**8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Dringlichkeitsvorlagen**

10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11 Personalien**

**12 Sonstige allgemeine Vorlagen**

12.1 Einsturz Historisches Archiv 03.03.2009  
0521/2011

### **13 Mündliche Anfragen**

#### **I. Öffentlicher Teil**

##### **Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"**

Herr Streitberger bittet Herrn Dr. Holzhäuser ergänzend zu den bereits in der Hauptausschusssitzung am 21.02.2011 gelieferten Informationen die Zusammenhänge in Bezug auf die Entstehung des Trichters hinter der Trägerbohlenwand am Bergungsbauwerk am 09.02.2011 zu erläutern. Herr Dr. Holzhäuser trägt den Sachverhalt anhand der als Anlage beigefügten Powerpointpräsentation vor.

Herr Klipper befürchtet, dass durch die Entstehung und Wiederverfüllung des Trichters eventuell die Beweissicherung gefährdet wurde. Das angewandte Verfahren zur Verfestigung sei anscheinend nicht Stand der Technik. Auf keinen Fall hätte das kostengünstigste Verfahren gewählt werden dürfen. Die Sicherheit und Beweisführung habe oberste Priorität.

Herr Börschel betont, dass die Angelegenheit in der öffentlichen Auswirkung verheerend sei. Er bittet um sachliche Erläuterung, inwieweit das Verfahren dem Stand der Technik entspricht, ob die zur Auswahl stehenden Verfahren gleichrangig sicher waren und was genau trotz der getroffenen Vorkehrungen passiert ist. Außerdem bittet er um Mitteilung, ob bei der Abstimmung des Verfahrens auch jemand für ein anderes Verfahren plädiert hat.

Herr Sterck fragt, wer außer den Passanten, Anwohnerinnen und Anwohnern eventuell noch gefährdet war.

Herr Uckermann fragt, warum die Bauaufsicht nicht unabhängig außerhalb der Stadtverwaltung angesiedelt wurde.

Herr Streitberger führt aus, dass aus den drei möglichen Verfahren (Hochdruckinjektion, Schaumverfestigung, Vereisung) alle Beteiligten sich aktiv für die Lösung Schaumverfestigung entschieden haben. Die Stadt hatte ursprünglich das Verfahren der Hochdruckinjektion bevorzugt, dass jedoch von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. In der Diskussion hatte sich ein Fachgutachter der KVB für die Vereisung ausgesprochen. Das ausgewählte Verfahren sollten die Sicherheit wie auch die zukünftige Beweisführung gewährleisten.

Da die Schaumverfestigung nicht ausreichend war, wird jetzt das Vereisungsverfahren angewandt, das zu Kostenerhöhung und Zeitverzögerung führt.

Zur Ursache der Trichterbildung könne nur zurückhaltend Erläuterungen geben werden. Es könnte sein, dass Wellenschlag bei Bergung der sehr großen Betonteile Auslöser war. Es bestehen extrem hohe Anforderungen an die Standfestigkeit des Bergungsbauwerks. Deshalb hätte bei der Trichterbildung höchstens Gefahr für eventuell in der Grube befindliche Taucher bestanden.

Die Bauaufsicht ist nach Ministerentscheidung sowohl von der Bezirksregierung Düsseldorf als technische Aufsichtsbehörde wie auch von der Bezirksregierung Köln als

Genehmigungsbehörde abgelehnt worden. Auch bei Kita- und Schulbauten hat die Stadt Köln zum Beispiel die Bauaufsicht und ist ausführender Bauherr.

Herr Dr. Holzhäuser betont, dass alle drei Verfahren Stand der Technik sind und man die Frage nach dem sichersten Verfahren nicht pauschal beantworten kann.

Herr Oberbürgermeister Roters erteilt Herr Heinrichs (KVB AG) das Wort. Die vorgesehene Powerpointpräsentation, die aus technischen Gründen nicht gezeigt werden konnte, wurde den Anwesenden elektronisch zugesandt und ist als Anlage beigefügt.

Ergänzend teilt Herr Heinrichs mit, dass der Breslauer Platz im Ausbaubereich weit fortgeschritten ist. Am Kurt-Hackenberg-Platz werden noch Leitungsverlegearbeiten durchgeführt, im Bereich des Chlodwigplatzes Fahrradständer aufgestellt und die Abpollerung des Platzes und die endgültige Beschilderung vorgenommen. Die Leitungsverlegearbeiten in der Bonner Straße werden bis Mitte April abgeschlossen sein.

Auf eine Frage von Herrn Sterck teilt Herr Heinrichs mit, dass die Bauherrschaft für die 3. Baustufe bei der Stadt Köln liegt. Deshalb wird am 22.03.2011 dem Verkehrsausschuss eine Vorlage zur Erhöhung der personellen Ausstattung vorgelegt. Ziel ist, die 3. Baustufe in großer zeitlicher Nähe zur 1. und 2. Baustufe (nicht mehr als 1 Jahr Abstand) fertig zustellen. Bis 2018 wird dies voraussichtlich geschehen sein.

Auf die Frage von Herrn Sterck nach der Planung zum Kurt-Hackenberg-Platz teilt Herr Streitberger mit, dass es dort noch wechselnde Bauzustände geben wird. Eine endgültige Herstellung des Kurt-Hackenberg-Platzes soll im Zusammenhang mit dem Projekt „Domumgebung / Baptisterium / Dionysoshof“ erfolgen. Die Planung dafür ist noch nicht abgeschlossen. Er bittet um Verständnis, dass dort deswegen möglicherweise eine Asphaltdecke mit Markierungen als Zwischenlösung toleriert werden müsste. Nach den Vorgaben des Konjunkturpaketes sollte das Vorhaben „Domumgebung / Baptisterium / Dionysoshof“ bis Ende 2014 fertig sein. Dieses Ziel ist jedoch extrem ehrgeizig.

In Bezug auf die Bauherreneigenschaft der Stadt alternativ zur KVB AG fragt Herr Möring, ob dies auch in Hinblick auf die Kosten geprüft worden ist. Herr Streitberger antwortet, dass die Entscheidung sachorientiert nach Nützlichkeit und nicht nach der Kostenfrage getroffen worden ist. Seiner Meinung nach ist diese Lösung kostenneutral.

Herr Oberbürgermeister Roters bedankt sich für die ausführlichen Darstellungen.

## **1        Mitteilungen**

### **1.1      Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

#### **1.1.1    Umsetzung des Pakets zur Bildung und Teilhabe bei der Stadt Köln 1139/2011**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Dr. Klein ergänzt die Informationen in der Sitzung. In Köln werden 56.000 Kinder und Jugendliche anspruchsberechtigt sein. Es wird ca. ½ bis 1 Jahr dauern, bis sich das Verfahren eingespült hat.

Frau Moritz fragt, ob und wann die finanziellen Auswirkungen für den anscheinend hohen bürokratischen und kommunikativen Aufwand beziffert werden können.

Frau Dr. Klein teilt mit, dass die Anzahl der Anträge dokumentiert wird, damit später noch der finanzielle Rahmen mit dem Bund neu verhandelt werden kann. Dann wird, so hofft sie, nachgebessert.

Auf eine Frage von Frau Stahlhofen teilt sie mit, dass die satzungsmäßige Änderung in Bezug auf den Köln-Pass im Ausschuss für Soziales und Senioren vorgelegt wird. Ziel muss sein, dass die, die bisher leistungsberechtigt waren, durch die Änderung nicht aus der Leistungsberechtigung herausfallen. Die Schulen stellen die Anspruchsbe-  
rechtigung für die Lernförderung fest und das Ergebnis muss am Ende überprüft werden.

Auf eine Frage von Herrn Uckermann teilt Frau Klein mit, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Mitteilung und nicht um eine Beschlussvorlage handelt und dass zurzeit ein Budget von 2 Millionen Euro für den Verwaltungsaufwand zur Verfügung steht, dessen Aufteilung mit dem Jobcenter verhandelt werden muss.

Frau Klug teilt mit, dass der Finanzausschuss des Städtetages NRW ein Monitoring im Hinblick auf die Finanzierung dieses Projektes für dringend erforderlich hält.

Bei der Stadt wird im Rahmen des Controllings besonders überprüft, welche dauerhaften Wirkungen auf die Finanzen der Stadt Köln entstehen und welche weiteren Rahmenbedingungen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben werden. Hier handelt es sich um Kompensationsgeschäfte, die zu einer dauerhaften Entlastung der Kommunalfinanzen führen sollen.

Herr Oberbürgermeister Roters teilt mit, dass zum einen das Bildungs- und Teilhabe-  
paket beschlossen wurde, dass eins zu eins finanziert werden soll. Ob dies so ist, muss überprüft werden.

Unabhängig davon ist zusätzlich die größere Beteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten und eine Übernahme der Grundsicherung beschlossen worden, die bis 2014 vom Bund getragen werden soll. Dies sind zusätzliche Entlastungen für die kommunalen Finanzen.

## **1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen**

### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Luftreinhaltung AN/ 0492/2011**

#### **Antwort der Verwaltung zu 2.1 "Luftreinhaltung" 1055/2011**

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Dringlichkeitsentscheidungen**

**4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5 Sonstige Allgemeine Vorlagen**

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

**6 Mündliche Anfragen**

Auf eine Frage von Herrn Uckermann zur Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen in Bezug auf eine vorangegangene Ausschusssitzung antwortet Herr Kahlen, dass der Ausschuss die Verfahrenshoheit über den Ablauf der Sitzung hat. Auch während einer Sitzung kann die Reihenfolge der zu beratenden Tagesordnungspunkte geändert werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses dies befürworten.

Gez.

Jürgen Roters

Oberbürgermeister

Gez.

Maria Lange

Schriftführerin